



Liebe Leserinnen und Leser,

die aktuelle Politik in der EU wird durch den Flüchtlingszustrom bestimmt. Die Suche nach gemeinsamen Lösungen gestaltet sich indes schwierig. In dieser Ausgabe unseres E-Newsletters finden Sie einen kurzen Beitrag zur europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik. Daneben informieren wir wie gewohnt zu aktuellen Themen aus dem EUROPE DIRECT-Informationszentrum.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre!

In dieser Ausgabe lesen Sie:

Neues aus dem EUROPE DIRECT-Informationszentrum Nürnberg

Neues vom Nachbarn Seite 1

Die EU bei der Straßenkreuzer Uni Seite 2

Internetangebot zu EU-Fördermitteln ausgebaut Seite 3

Aktuelles aus Brüssel

Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU Seite 3

Kommissionspräsident Juncker zur Lage der EU Seite 4

TTIP – Kommission schlägt neue Investitionsgerichtsbarkeit vor Seite 5

Termine Seite 7

Impressum Seite 7

Neues aus dem EUROPE DIRECT-Informationszentrum Nürnberg



Neues vom Nachbarn

Mehr als 50.000 Kilometer fuhr der Journalist und Fotograf Oliver Lück mit seinem VW-Bus und seiner Hündin Locke durch Europa: 20 Monate von Portugal bis Estland, von Norwegen bis Sizilien. Doch nicht, um Urlaub zu machen, sondern um Geschichten zu finden.





Aus dieser Reise entstand sein Buch „Neues vom Nachbarn – 26 Länder, 26 Menschen“ aus dem er am 22. Oktober 2015 im Schönen Saal des Nürnberger Rathauses einige Kostproben präsentierte. Knapp 50 Gäste folgten der Einladung des EUROPE DIRECT-Informationszentrums Nürnberg.

Oliver Lück untermalte seine kurzweiligen Geschichten von Menschen aus verschiedensten EU-Mitgliedstaaten mit stimmungsvollen Bildern und launigen Begebenheiten: Eine spannende Reise durch ein vielfältiges Europa. Der Wirtschaftsreferent der Stadt Nürnberg Dr. Michael Fraas begrüßte die Gäste und ließ sich ein Buch vom Autor signieren.

Weitere Eindrücke und Bilder aus der Lesung finden Sie auf unserer [Facebook-Seite](#).

Straßenkreuzer
uni

Die EU bei der Straßenkreuzer Uni

Im Wintersemester 2015/16 widmet sich die Straßenkreuzer Uni mit einem eigenen Themenblock den Entwicklungen in Europa. Drei Termine stehen auf dem Programm:

- Armes Griechenland! am 29. Oktober 2015 mit Prof. Thies Büttner, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg;
- Was hat Nürnberg von Europa? am 10. November 2015 mit Barbara Sterl, EUROPE DIRECT-Informationszentrum Nürnberg;
- Lohnen gemeinsame Werte? am 18. Dezember 2015 mit Barbara Lochbihler, Mitglied des Europäischen Parlaments und dort Vizepräsidentin des Menschenrechtsausschusses.

Alle Termine sind kostenfrei. Den jeweiligen Beginn sowie den Veranstaltungsort finden Sie [hier](#).

Die Straßenkreuzer Uni bietet Bildung für alle und steht allen Interessierten offen. Sie führt ohne Zugangsschwelle an spannende Wissensgebiete heran und bringt Menschen zusammen. Mehr zur Straßenkreuzer Uni gibt es [hier](#).



Internetangebot zu EU-Fördermitteln ausgebaut

Das EUROPE DIRECT-Informationszentrum Nürnberg hat sein Internetangebot zum Thema „EU-Förderung“ ausgebaut. Auf neuen Seiten wird nun Wissenswertes rund um EU-Fördermittel kompakt vorgestellt. Die hilfreichen Informationen gliedern sich in folgende Kategorien:



- ausgewählte EU-Programme mit weiterführenden Links;
- exemplarische Vorstellung erfolgreicher EU-Projekte der Stadt Nürnberg und Ergebnisse der jährlichen EU-Projektbestandsaufnahme des Europabüros;
- interaktive Karte mit allen internationalen Kontakten, die im Rahmen der grenzüberschreitenden EU-Projekte der städtischen Dienststellen entstanden. Diese Karte zeigt die vielfältigen Kooperationen und Vernetzungen der Stadt Nürnberg in Europa.

Die neuen Seiten sowie die [interaktive Karte](#) finden Sie [hier](#).

Aktuelles aus Brüssel



Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU

Der hohe Flüchtlingszustrom hat in den EU-Mitgliedstaaten und ihren Nachbarländern verschiedene Reaktionen und Spannungen ausgelöst. Um diesen entgegenzutreten, riefen Bundeskanzlerin Merkel und Frankreichs Staatspräsident Hollande mit einem außergewöhnlichen gemeinsamen Besuch im Europäischen Parlament am 7. Oktober 2015 zu einem gemeinsameren Handeln im Umgang mit Flüchtlingen auf. In ihren Reden warben beide für europäische Solidarität und warnten vor einer Abschottung oder einem Rückfall in nationalstaatliches Handeln.

Die Europäische Kommission hat etliche notwendige Sofortmaßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise auf den Weg gebracht:

Die Mitgliedstaaten beschlossen das von der Kommission vorgeschlagene Maßnahmenpaket, 120.000 Menschen aus den am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten auf andere



Länder umzuverteilen. Damit wird der Beschluss vom 14. September 2015 zur Umverteilung von 40.000 Flüchtlingen aus Italien und Griechenland stark erweitert. Zusammen mit den EU-Agenturen und den Mitgliedstaaten organisiert die Kommission die Umsiedelung vor Ort. Zudem will die EU-Kommission für die Jahre 2015 und 2016 zusätzlich 1,7 Milliarden Euro zur Bewältigung der Flüchtlingskrise mobilisieren. Davon entfallen gut 800 Millionen Euro auf das Jahr 2015 (bereits beschlossen) und nochmal 900 Millionen Euro sind für das Jahr 2016 geplant. Mit diesen Summen werden die Soforthilfen für die am stärksten betroffenen EU-Mitgliedstaaten finanziert, das Personal der betroffenen EU-Agenturen aufgestockt sowie Drittländer unterstützt.

Für den 25. Oktober 2015 wurde ein Sondertreffen der zehn Staaten an der sogenannten Westbalkanroute angesetzt. Kurzfristige Maßnahmen allein sind aus Sicht der Europäischen Kommission jedoch keine Lösung auf Dauer. Der Flüchtlingszustrom erfordert einen wesentlichen Wandel in der Migrationspolitik der EU. Neben weiteren notwendigen Sofortmaßnahmen beraten die Minister des Justiz- und Innenrates daher über die Vorschläge der Kommission zur Liste der sicheren Herkunftstaaten und die weitere Reform des Dublin-Systems.

Weitere Informationen zur [Europäischen Migrationsagenda](#) und den [Kommissionsvorschlägen zur Flüchtlingspolitik](#) sind auf den [Seiten der Europäischen Kommission](#) zu finden.

Hilfreich ist auch die Beilage zur Zeitung „Das Parlament“ der Bundeszentrale für politische Bildung, in der das [Asyl-Recht in Deutschland „in leichter Sprache“](#) übersichtlich erklärt wird.



Kommissionspräsident Juncker zur Lage der EU

Am 9. September 2015 hielt Jean-Claude Juncker im Europäischen Parlament erstmals eine Rede zur Lage der EU. Als Kernpunkt der anstehenden Herausforderungen nannte er die aktuelle Flüchtlingskrise. Wörtlich sagte er: „[...] jetzt ist nicht die Zeit, sich Ängsten hinzugeben. Es ist vielmehr an der Zeit für mutiges, entschlossenes und gemeinsames Handeln der Europäischen Union, unserer Institutionen und aller

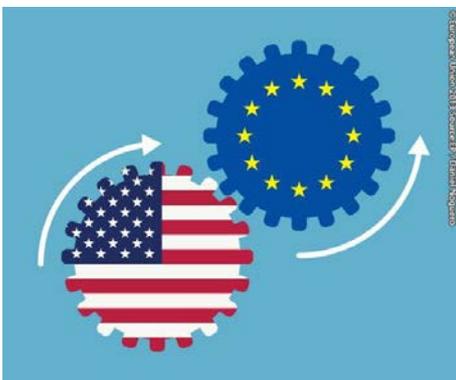


Mitgliedstaaten. [...] Wir Europäer sollten uns daran erinnern, dass Europa ein Kontinent ist, auf dem im Laufe der Geschichte fast jeder einmal ein Flüchtling war. Unsere gemeinsame Geschichte ist geprägt von Millionen von Europäern, die vor religiöser und politischer Verfolgung, vor Krieg, vor Diktatur und vor Unterdrückung fliehen mussten.“

Ein weiterer Punkt seiner Rede war die Situation in Griechenland. Im Zusammenhang mit der dortigen Staatsschuldenkrise stellte er fest, dass das nun beschlossene Stabilitätsprogramm ein gelungener Kompromiss ist, dem alle 19 Euro-Mitgliedstaaten – einschließlich Griechenland – zustimmen konnten, und so die Integrität des Euro-Raumes gewahrt werden konnte. Ziel müsse jetzt eine rasche Umsetzung der Reformen sein, damit die griechische Wirtschaft wieder wachsen kann.

Zum Abschluss seiner Rede bezog Juncker ebenso deutlich Stellung, was die Position der EU als Vorreiter im Kampf gegen den Klimawandel betrifft: „Die EU wird nicht einfach jede beliebige Vereinbarung unterzeichnen. Meine Priorität, die Priorität Europas, ist ein ehrgeiziges, solides und verbindliches Weltklima-Abkommen.“

Die vollständige Rede finden Sie [hier](#).



TTIP – Kommission schlägt neue Investitionsgerichtsbarkeit vor

Wie in dem von EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström am 5. Mai 2015 vorgestellten Konzeptpapier (siehe Ausgabe Nummer 13 unseres E-Newsletters) angekündigt, wurden die Reformen des Investitionsschutzes in internationalen Handelsabkommen nun vorgelegt.

Am 16. September 2015 stellte die Europäische Kommission eine Investitionsgerichtsbarkeit für TTIP und andere EU-Handels- und Investitionsabkommen vor. Es handelt sich um ein neues und transparentes Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten. Die Investitionsgerichtsbarkeit soll an die Stelle des bisherigen Investitionsschutzverfahrens treten und bei allen



Verhandlungen der EU zugrunde gelegt werden. Mit dem Vorschlag soll sichergestellt werden, dass die neue Gerichtsbarkeit auf zentralen Faktoren nationaler und internationaler Gerichte aufbaut und das Regulierungsrecht von Regierungen verankert wird. Damit sollen transparente und berechenbare Verfahren ermöglicht werden. Zudem ist die Möglichkeit eines Einspruchs gegen die Entscheidungen gegeben.



Die Kommission wird den Vorschlag nun erst mit dem Rat und dem Europäischen Parlament erörtern, bevor dieser dann in die Gespräche und Verhandlungen mit den USA eingebracht wird.

Der [Vorschlag der Kommission zur Investitionsgerichtsbarkeit](#) sowie weitere Informationen zu TTIP sind auf den [Internetseiten der Europäischen Kommission](#) zu finden.



Termine

- | | |
|-----------------------------|--|
| 25. bis
28. Oktober 2015 | <p>Europa-Studienreise nach Straßburg
Studienreise der EUROPE DIRECT-Informationszentren Freyung und Nürnberg in Zusammenarbeit mit der Europäischen Akademie Bayern e.V.</p> |
| 29. Oktober 2015 | <p>Straßenkreuzer Uni
Armes Griechenland! mit Prof. Thies Büttner, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, FAU Erlangen-Nürnberg</p> |
| 10. November 2015 | <p>Straßenkreuzer Uni
Was hat Nürnberg von Europa? mit Barbara Sterl, EUROPE DIRECT-Informationszentrum Nürnberg</p> |
| 17. November 2015 | <p>Forum: EU-Projekte in der Praxis
Durchführung von EU-Projekten: Vorbereitung – Konzeption – Management
Halbtägiges Seminar des Europabüros der Stadt Nürnberg</p> |
| 20. November 2015 | <p>Workshop „Europa und die Kommunen“
EU-Wissen für die Beamten-Anwärterinnen und -Anwärter der Stadt Nürnberg</p> |
| 28. November 2015 | <p>International Education in Europe and beyond
Forum im Rahmen der Tagung zum 50-jährigen Jubiläum des Instituts für Pädagogik und Schulpsychologie Nürnberg</p> |
| 18. Dezember 2015 | <p>Straßenkreuzer Uni
Lohnen gemeinsame Werte? mit Barbara Lochbihler, Mitglied des Europäischen Parlaments und Vizepräsidentin des Menschenrechtsausschusses</p> |

Wir hoffen, dass Ihnen unser Newsletter gefällt und freuen uns über Anregungen und Meinungen an europa-direct@stadt.nuernberg.de

Weitere aktuelle Entwicklungen und Nachrichten erhalten Sie auch jederzeit auf unserer Homepage unter <http://www.europa.nuernberg.de>

Ihr Team des EUROPE DIRECT-Informationszentrums Nürnberg!

Kontakt/Impressum: Stadt Nürnberg • Wirtschaftsreferat/Europabüro • EUROPE DIRECT-Informationszentrum Nürnberg • Wirtschaftsrathaus • Theresienstraße 9 • 90403 Nürnberg • Telefon 09 11 / 2 31-76 76 • Fax 09 11 / 2 31-76 88 • E-Mail europa-direct@stadt.nuernberg.de
Internet: <http://www.europa.nuernberg.de> • Facebook: <https://www.facebook.com/EuropeDirectNuernberg>

Dieser Newsletter wird per E-Mail versandt. Die Eintragung in die Verteilerliste ist über europa-direct@stadt.nuernberg.de möglich. Der Bezug kann jederzeit beendet werden. Fragen und Anregungen richten Sie bitte an: europa-direct@stadt.nuernberg.de